



**GRÜNE
FRAKTION**
IM RAT DER STADT HERNE

GRÜNE FRAKTION HERNE ✉ BAHNHOFSTR. 15A ✉ 44623 HERNE

An den Vorsitzenden
des Sozialausschusses
Herrn Patrick Steinbach
über Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Dudda
Rathaus Herne

Fraktionsgeschäftsstelle
Bahnhofstr. 15a
44623 Herne
Tel: +49 (2323) 951 000 3
fraktion@gruene-herne.de
www.gruene-herne.de

Herne, den 29.2.2024

Kooperation WEWOLE und GBH / Ergebnisse des Gutachtens

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Grüne Fraktion bittet Sie, in die Tagesordnung des kommenden Sozialausschusses einen Tagesordnungspunkt

„Kooperation WEWOLE und GBH / Ergebnisse des Gutachtens“

aufzunehmen.

Begründung:

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung im September 2022 (Vorlage 2022/0918) mehrheitlich die Verwaltung mit der Prüfung einer möglichen Eingliederung der Gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaft Herne (GBH) in den Unternehmensverbund der WEWOLE STIFTUNG e.V. beauftragt. Für diese Prüfung wurde ein Gutachter hinzugezogen.

Auf Nachfrage der Grünen Fraktion hat die Verwaltung in der Ratssitzung im Februar 2024 eine kurze schriftliche Darstellung der Prüfung gegeben. Hiernach wäre eine Eingliederung wohl möglich, aber mit großen umsatzsteuerlichen Problemen behaftet, die sich offenbar aus einer bestimmten Art der Eingliederung ergeben würden. Zudem müsse die Finanzverwaltung dem Konstrukt zustimmen. Ohne es offen zu sagen, werden die Probleme offenbar als so beträchtlich eingeschätzt, dass der Plan einer Eingliederung der GBH in die WEWOLE zunächst nicht weiterverfolgt wird.

Das Gutachten selbst wurde bislang weder umfänglich in einem bürgerschaftlichen Gremium dargestellt noch den Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben.

In der oben genannten schriftlichen Beantwortung der Grünen Anfrage hat die Verwaltung gleichzeitig angekündigt, dass eine Kooperation von WEWOLE und GBH weiter geprüft werde. Hier wurde auch bereits angedeutet, dass eine Kooperation vermutlich eine ausschließliche Entscheidung der Aufsichtsgremien von WEWOLE und GBH sein werde.

Es stellt sich schon die Frage, welche Gründe denn nun genau gegen eine Eingliederung sprechen und was genau der Spielraum für eine reine Kooperation nach Auffassung der Gutachter ist.

Wir sind der Auffassung, dass die Verwaltung die Ergebnisse der Prüfung dem Ausschuss ausführlich darlegen sollte. Zur fundierten Meinungsbildung der weiteren Entscheidungen in der Angelegenheit sollte das Gutachten den Stadtverordneten zur Verfügung gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Für die Grüne Fraktion

Dorothea Schulte